

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 8.— Mk., vierteljährlich 24.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
 der Freien Stadt Danzig  
 Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelgenpreis: Die 8-spaltige Zeile 3.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bef. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 9.— Mk. von auswärts 12.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3260.

Nr 35

Freitag, den 10. Februar 1922

13. Jahrgang

## Reichsregierung und Eisenbahnerstreik.

### Eine Erklärung des Reichskanzlers im Reichstag.

Der Reichstag trat gestern zu einer Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde mitgeteilt, daß der bekannte Streikerlaß des Reichspräsidenten außer Kraft getreten sei. Präsident Ebert erklärt, daß dadurch die Anträge auf Aufhebung des Erlasses erledigt sind. Abg. Hoffmann (Kom.) beantragt namens seiner Fraktion die Einstellung aller Disziplinarverfahren gegen streikende Beamte. Abg. Ledebour (U.S.) beantragt, diesen Antrag gemeinsam mit der Erklärung des Reichskanzlers zur Aussprache zu stellen. Das Haus ist damit einverstanden.

Darauf ergriff Reichskanzler Dr. Wirth das Wort zu einer längeren Erklärung. Er wies einleitend daraufhin, daß nur der Verzicht auf politische Romantik sowie auf einseitige und egoistische Interessenvertretung Deutschland über die schwere Zeit hinwegbringt. Die gespannte und entscheidungsvolle Phase in der Außenpolitik gebiete, als Mitarbeiter hinter die Regierung zu treten oder wenigstens ihre Arbeit nicht leichtfertig zu stören. In dieser Hinsicht sei in letzter Zeit schwer gesündigt worden, und zwar von Elementen, die durch ihre Tätigkeit und Stellung in erster Linie dazu berufen sind, den Staat zu stützen. Arbeitsverweigerung eines Teiles der Beamtenschaft nenne er nicht Streik, sondern Revolte.

Der Reichskanzler schilderte sodann in kurzen Zügen die Entwicklung der Streikbewegung, mehrfach von der äußersten Linken durch lebhafteste Pfuläufe unterbrochen, und wies besonders darauf hin, daß im erweiterten Vorstand der Reichsgewerkschaft der Streik von nur 20 gegen 15 Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen wurde. Dem geschäftsführenden Ausschuss sei die Minderheit viel zu groß gewesen. In der Beamtenschaft habe sich der Streik im allgemeinen nur auf das Lokomotiv- und Zugpersonal beschränkt. Die anderen Eisenbahnerorganisationen hätten sich gegen den Streik erklärt. Dieser sei ferner in Süddeutschland und in Mecklenburg abgelehnt worden.

Zu den Forderungen, die der Bewegung den Anschein einer Berechtigung geben sollten, übergehend, führte der Reichskanzler aus, daß kurz nach der allgemeinen Erhöhung der Gehälter und Löhne, die das Reich, die Länder und Gemeinden mit einem Mehraufwand von rund 15 Milliarden belasten, der Deutsche Beamtenbund und die übrigen Spitzenverbände eine nochmalige grundlegende Neuregelung der Beamtensoldung verlangt haben, die eine weitere Belastung von 50—60 Milliarden bedeutet hätte. Diese Forderungen konnten nicht als geeignete Grundlage für neue Verhandlungen angesehen werden. Im allgemeinen gleichen Löhne und Gehälter jenen, wie sie von der Industrie bezahlt wurden.

Obwohl die Probleme der Beamtensoldung und auch die Grundgehälter beschleunigt nachgeprüft wurden und einen durchaus befriedigenden Verlauf zu nehmen versprochen, stellte die Reichsgewerkschaft am 27. Januar erneut unertragsbare Milliardenforderungen. Diese Forderungen hatten Ultimatumcharakter. Jrgendeine Entschliebung über ein Arbeitszeitgesetz lag noch nicht vor. Die geforderte Zurückziehung des Referentenentwurfes war infolgedessen überhaupt nicht möglich. Auch der Standpunkt ist unbegründet, daß es sich dabei um ein sachlich ungerechtfertigtes Gesetz für die Eisenbahnbeamten handelte. Hinsichtlich des Acht-Stundentages sind Erlasse oder Verordnungen nicht ergangen, durch die bestehende Bestimmungen eingeschränkt werden sollten. Es handelte sich vielmehr nur um die richtige Durchführung und Anwendung bisheriger Vorschriften. Die sachlichen Grundlagen des Streiks waren teils unberechtigt, teils geringfügig, teils Gegenstand bereits eingeleiteter Verhandlungen. Die Reichsgewerkschaft lege sich ins Unrecht gegenüber der Beamtenschaft vornehmsten Rechte, die durch Anzettelung des ersten Beamtensstreiks schwer gefährdet sind. Welch schweren Stoß die Idee des Berufsbeamtentums hierdurch erlitten hat, läßt sich heute noch nicht übersehen. Die Reichsgewerkschaft setzte sich aber auch ins Unrecht gegenüber dem gesamten deutschen Volke, indem sie ihm die Lasten aufbürden wollte, die es keinesfalls hätte tragen können und indem sie ihm neue Schwierigkeiten nach innen und außen bereitetete.

Die Kernfrage beim Streik war nicht die wirtschaftliche Frage und nicht die Arbeitszeitfrage, sondern die Frage des Streikrechts der Beamten. In dieser Frage kann keine Regierung zu einem anderen Ergebnis kommen als, für die öffentlich-rechtlich angestellten Beamten gibt es kein Streikrecht, nicht weil die Beamten Hörige sind, sondern weil sie ein Teil der Regierung sind, weil sie Organe der Regierung sind. Die Verfassung gibt jedem Deutschen, auch den Beamten, das Recht der Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen. Aber weder nach dem Wortlaut noch nach Sinn und Geist der Verfassung kann daraus abgeleitet werden, daß die Beamten entgegen ihrem Dienstverhältnis auch das Recht hätten, ihre Dienstgeschäfte gemeinsam niederzulegen. Der Beamte übernimmt nach Gesetz und Dienstverhältnis bei Vermeidung disziplinarischer Verantwortung die Verpflichtung, das ihm übertragene Amt keinesfalls preiszugeben. Diese Verpflichtung schließt eine einseitige Niederlegung der Geschäfte durch den Beamten aus. Dieser Verpflichtung gegenüber stehen besondere Rechte, kraft derer der Beamte gegen Kündigung und Entlassung besonders geschützt ist. Die Eisenbahnbeamten sind überwiegend lebenslanglich angestellt, sie erhalten ihr Gehalt im voraus. Ihre Pension und ihre Hinterbliebenenansprüche sind gesetzlich geregelt und gesichert. Diese Rechte sind mit einem Streikrecht der Beamten unvereinbar. Auch Sowjetrußland ist sich mit allen Staatsregierungen darüber einig. Es wäre nicht in der Lage, eine Regierung länger zu führen, wenn ein Streikrecht der Beamten anerkannt würde. Die Regierung erkennt aber die Pflicht des Staates an, durch Fürsorge für den Beamten in den Grenzen des Möglichen dazu beizutragen, daß der Körper der Beamtenschaft sozial gesund bleibt und an seiner traditionsmäßigen Aufopferung für den Staat nicht irre wird. Die Regierung hat durch die sachliche Erledigung der Beamtensinteressen keinen Anlaß gegeben, dem Staat das Vertrauen zu kündigen und sich zu einer Aufrührerbewegung hinreichend zu lassen, die den Staat wie das Beamtentum schlechthin negiert. Mit der Streikbeendigung ist die Verordnung des Reichspräsidenten gegenstandslos geworden. Sie ist aufgehoben. Daß mit Aufhebung der Verordnung nun etwa das Streikrecht der Beamten wieder frei würde, diesen Schluß würde die Regierung niemals zugeben können. Wer es mit dem deutschen Volke gut meint, kann ihm nur raten, auf dem Wege zur Arbeit nicht leichtfertig Hindernisse für Staat und Gesellschaft aufzurichten. (Beifall bei der Mehrheit.)

Auf Vorschlag des Präsidenten Ebert wurde die Sitzung unter dem Protest der Kommunisten und Unabhängigen nach kurzer Debatte auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Die Kommunisten haben im Reichstag ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung wegen ihrer Haltung zum Eisenbahnerstreik eingebracht. Die Unabhängigen, die sonst in außenpolitischen Fragen die Regierung unterstützt haben, scheinen diesmal eine andere Haltung einnehmen zu wollen. Auf der anderen Seite werden die Deutschnationalen ihren Haß gegen die jetzige Regierung nur zu gern durch Unterstützung dieses Antrages zum Ausdruck bringen, und selbst der Deutschen Volkspartei scheint die Verzögerung über die Ernennung Rathenau's ausreichend Anlaß zu sein, dem Mißtrauensvotum zuzustimmen. Inzwischen sind Bestrebungen im Gange, der Regierung trotz dieser kritischen Lage eine feste Mehrheit zu schaffen.

### Teilweise Arbeitswiederaufnahme in Berlin.

Zusammenstoße zwischen Arbeitswilligen und Streikenden.

Die Arbeiter der städtischen Werke sind gestern in großer Zahl zur Arbeit zurückgekehrt und haben die Arbeit wieder im vollen Umfange aufgenommen. Die Technische Nothilfe wird zurückgezogen, sobald ein geordneter Betrieb gewährleistet wird. Die Straßenbahn hat gestern streckenweise auf den Hauptlinien den Betrieb wieder aufgenommen. Dabei kam es wiederholt zu Ausschreitungen Streikender, die die Wiederaufnahme der Arbeit zu verhindern suchten. So sammelte sich vor dem Depot in der Brandenburger Straße eine

große Anzahl Demonstranten und drang in das Depot ein. Die Arbeitswilligen wurden gezwungen, den Dienst aufzugeben und sich dem Demonstrationszuge anzuschließen. Der Zug marschierte dann nach dem Haleschen Tor, wo er die bereits in Betrieb befindlichen Wagen gewaltsam anhielt. Die Fahrgäste wurden zum Aussteigen gezwungen, die Wagenführer verjagt.

Nach den gestern abend im Reichsverkehrsministerium vorliegenden Meldungen ist die Arbeit in den meisten Eisenbahndirektionsbezirken des Reiches ohne Reibung wieder aufgenommen worden. Nur in den Bezirken Erfurt und Essen bestehen noch Differenzen. In Essen fordern die Streikenden gewisse Garantien zu der Maßregelungsfrage. Gegenwärtig werden etwa 20 Prozent des gewöhnlichen Personenverkehrs bereits wieder gefahren, während der Güterverkehr noch etwas im Rückstande ist. Man rechnet damit, daß Anfang nächster Woche der volle Fahrplanmäßige Eisenbahnverkehr wieder in Gang sein wird. Im Eisenbahndirektionsbezirk Berlin konnte im Laufe des gestrigen Abends der Zugverkehr auf 55—60 Prozent des Gesamtfahrplanes gebracht werden. Auf den Abfahrtsbahnhöfen sind ausreichende Züge für alle Züge vorhanden. Der Schnellzugverkehr ist gestern abend nach allen Richtungen aufgenommen worden.

### Die Braunschweiger Regierungsfrage.

Sozialdemokratie und Fall Sepp Dertter.

Am Dienstag nachmittag fand die erste Sitzung des neugewählten Braunschweiger Landtages statt. Es wurden lediglich die Präsidenten des Landtages gewählt und die Mitglieder für die Ausschüsse namhaft gemacht. Von weiteren Arbeiten wurde zunächst Abstand genommen. Auch die erhoffte Neubildung der Regierung ist bisher nicht erfolgt. Die bisherige rein sozialistische Regierung wird die Staatsgeschäfte bis zur endgültigen Erledigung der Frage weiterführen. Allem Anschein nach bleibt es bei der rein sozialistischen Regierung, da bekanntlich die Wahlen eine Zweistimmenmehrheit der sozialistischen Parteien mit Einschluß zweier Kommunisten ergeben haben. Die bürgerlichen Parteien verjüngen mit allen Kräften die bestehende Regierungskoalition zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen zu spalten. Als besonderen Anlaß hierzu nehmen sie den Fall des gewesenen unabhängigen Ministerpräsidenten Sepp Dertter, der bekanntlich wegen einer mysteriösen Bestechungsaffäre zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Da anscheinend noch sehr schwer belastendes Material gegen Dertter vorliegt, hat sich die Fraktion unserer Partei dagegen ausgesprochen, daß Dertter von den Unabhängigen wiederum als Minister präsentiert wird. Die Stellung der Unabhängigen Dertter gegenüber ist bis zur Stunde noch nicht völlig geklärt. Wenn die Unabhängigen sich nicht in unverständlicher Weise auf eine Ministerkandidatur Dertters verstehen sollten, erscheint die Wiederkehr einer rein sozialistischen Regierung nicht gefährdet; andernfalls dürften für die bisherige Regierungskoalition ernsthafteste Schwierigkeiten eintreten.

### Neue trübe Enthüllungen über Dertter.

Blättermeldungen aus Braunschweig zufolge veröffentlicht unser Braunschweiger Parteorgan neue Enthüllungen über den unabhängigen Ministerpräsidenten a. D. Dertter. Dertter soll danach während seiner Ministerpräsidentschaft von dem Fabrikanten Bommel in Helsen, der während der Amtszeit Dertters zum Großkapitalisten geworden ist, 3 Prozent des buchmäßigen Reingewinns und später, wenn er dauernd in die Dienste des Fabrikanten trete, 10 Prozent Reingewinns und Vorwürfe in Höhe von 2000 und 10 000 Mark verlangt haben. Die Landtagsfraktion der sozialdemokratischen Partei hat an die Fraktion der USPD. ein Schreiben gerichtet, in dem sie verlangte, daß Dertter aus der Fraktion der USPD. ausscheidet und sein Landtagsmandat niederlegt. Anscheinend soll von der Erfüllung dieser Forderung das Eintreten der SPD. in eine Arbeitsgemeinschaft mit der USPD. abhängig gemacht werden.

Es ist traurig, daß Dertter, der durch den Otto-Prozeß bereits aufs schwerste belastet war, von den Unabhängigen überhaupt wieder aufgestellt wurde. Die Arbeiterbewegung hat jedenfalls alle Ursache, solche Elemente aus ihren Kreisen fernzuhalten.









Die Geheimnisse, Misset und Wunder der indischen Yogis sind heute in der Öffentlichkeit der Öffentlichkeit der Öffentlichkeit... (Text continues with details about yoga and health benefits)

Die Ehe des Ehepaars Singh, die 1920 zustande gekommen war, war vielfach getrübt. Frau Singh hatte im Freibad Grünau den Angeklagten Arnold kennengelernt... (Text continues with details about the Singh family and Arnold)

Unterwegs schitt er sich beide Pulverbären durch. Er will von den Millionen nichts mehr besitzen. Doch glaubt ihm die Polizei das nicht, da sich 5 1/2 Millionen (40000 Kronen machen 2 Mill. Mark aus) in einem Vierteljahr (Schick) ausgeben lassen... (Text continues with details about a man's financial situation)

### Bermischtes.

Die Ermordung des indischen Studenten Singh, die ursprünglich auf politische Motive zurückgeführt worden war, beschäftigt zur Zeit das Schwurgericht des Berliner Landgerichts 8. Wegen Mordes ist der Arzt Max Arnold eingeklagt... (Text continues with details about the murder case)

Das Eindringen des Atlantischen Ozeans in die Nordsee. Die Tatsache, daß der Atlantische Ozean in immer stärkerer Nähe in die Nordsee eindringt, ist von Gelehrten des englischen Marine-Laboratoriums zu Borewest festgestellt worden... (Text continues with details about oceanographic research)

Kleine Nachrichten. Es wird Ernst. Die Reuter aus Washington meldet, hat Flottensekretär Denby auf Anweisung des Präsidenten Harding alle Bauarbeiten an 14 großen Kampfschiffen einstellen lassen... (Text continues with various news items)

**Ämtliche Bekanntmachungen.**  
Ausgabe der Brot- und Mehlkarten.  
Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 21 bei den Bäckern, Brot- und Mehlhändlern ausgegeben.  
Danzig, den 10. Februar 1922.  
Der Senat. (6102)  
Städtisches Ernährungsamt.

**Stadttheater Danzig.**  
Direktion: Rudolf Schaper.  
Heute, Freitag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr  
Dauerkarten C 1.  
**Zanahäuser**  
und der Sängerkrieg auf der Wartburg  
von Richard Wagner.  
Szenische Leitung: Oberregisseur Julius Brischke.  
Musikalische Leitung: Otto Selberg.  
Inspektion: Otto Friedrich.  
Personen wie bekannt. Ende 10 Uhr.  
Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1.  
Gaijparone. Operette.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr. Kleine Preise  
Zum vorletzten Male. Rosenbildchen.  
Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine  
Biligkeit. Händel und Gretel. Märchenoper.  
Montag, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 1. Aida.  
Große Oper.

**Ufa** **Ufa**  
**Licht-UT-Spiele**  
Vom 10. bis 16. Februar:  
**Seine Exzellenz von Madagaskar**  
Der 2. und letzte Teil dieses überaus lustigen Filmwerkes  
**Stubbs der Detektiv**  
5 große Akte mit  
**Eva May**  
Georg Alexander  
Paul Otto  
in den Hauptrollen.  
Ferner:  
**Der Rauhreiter von Desert Pass**  
Ein Kampf zwischen Siedlern und Banditen in 5 Akten.  
In der Hauptrolle:  
**William S. Hart**  
Vorführung 4, 6, 8 Uhr.  
Sonntags Beginn 3 Uhr.  
Wegen des täglich großen Andranges zu den Abendvorführungen empfehlen wir den Besuch der **Nachmittags-Vorstellung.**

**Bürgerschützenhaus**  
Heute Freitag: (6100)  
**Familienkränzchen**

**Stroh-Panama-Velour-Filz-Hüte**  
für Damen und Herren  
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit  
**umgepreßt,**  
gewaschen und gefärbt.  
**Stroh- und Filzhut-Fabrik**  
Hut-Bazar zum Strauß  
Annahmestelle  
nur Lawendelgasse Nr. 6-7.  
(gegenüber der Markthalle). (6108)

**Jetzt ist es Zeit**  
Kindern  
**echte Lebertranemulsion**  
zu geben. Lebertran ist ein bewährtes **Kräftigungsmittel**, das blutreinigend wirkt und großen Nährwert besitzt. Ferner empfehle zur Kräftigung  
**Malzextrakt, Sanatogen, Pepsinwein**  
u. s. w. 5633  
Drogerie am Dominikanerplatz  
**Bruno Fasel**  
Junkergasse Nr. 12, an der Markthalle

**Wilhelm-Theater**  
vereint mit dem Stadttheater Loppot. Dir. Otto Normann  
Heute, Freitag, den 10. Februar, abends **7 1/2 Uhr**  
Kassenöffnung 6 Uhr  
**„Der Vogelhändler“**  
Operette in 3 Akten von Karl Zeiler.  
Sonntag, den 12. Februar:  
**„Der keusche Lebemann“**  
Schwank in 3 Akten.  
Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freyman, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (6047)

**Verloren**  
auf dem Vergnügen des Gesang-Vereins „Sängergesellschaft“ einen  
**braun. Pelzkragen.**  
Der Finder wird gebeten, denselben in der Exped. d. „Danziger Volksstimme“, Am Spandhaus 6 abzugeben.

**High Class**  
**Virginia**  
Tobacco for Pipe.  
In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

**Neuerkheinung:**  
**Der Frauen Hauschatz**  
Jahrbuch für Arbeiterfrauen u. Töchter  
Herausgegeben von  
Wilhelmine Kähler.  
Preis 8 Mark.  
Buchhandlung Volkswacht  
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

**Deutscher Heimatbund**  
**Lichtbildervortrag**  
mit Filmvorführung  
des Herrn Professor Dr. Lakowitz:  
**Eine Weichselfahrt von Thorn**  
nach Danzig (6101)  
Dienstag, den 14. Februar, abends 8 Uhr  
Naturforschende Gesellschaft, Frauengasse 26.  
Mitglied 1 M., sonst 3 M.

**Möbel** aller Art  
zeitgemäß billig noch bei  
**Dag. David Nachf.**  
Altstätt. Graben 11  
8684

**Maskenkostüme**  
f. Herren- u. Damen billig z. verl. Mansk, Schöhaug, I, II, (6098)  
**Volkspflege**  
Bewerkschaftlich-Benennungsschlichte Versicherungsgesellschaft  
- Sterbekasse. - kein Policenverkauf.  
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.  
Ankunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der  
Rechnungsstelle 16 Danzig  
Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

**Schulfr. Mädchen**  
für den ganzen Tag zu einem Rinde gef. Melb. Am Schild 7a pt. r. (†)  
Suche eine  
**Wachfrau**  
für 1 bis 2 mal wöchentlich.  
Prinoth, Tobiasg. 4. (†)  
**Wäsche**  
wird sauber gewaschen u. im Freien getrockn. Fr. Breyke, Schildg. Weinbergstr. 20 (†)

**Kleine Anzeigen** in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.